

NS-Justizopfer: Trennung von sächsischer Stiftung

Bundesvereinigung wirft den Torgauern Geringschätzung vor

Bremen/Dresden - Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz hat ihre Zusammenarbeit mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten eingestellt. Die Vereinigung mit Sitz in Bremen wirft der Stiftung eine „fortgesetzte Geringschätzung der Verfolgungsgeschichte der von ihr vertretenen Opfer“ vor, wie Günter Knebel vom Vereinsvorstand am Dienstag mitteilte. So gebe es für die Verweigerer von Hitlers Vernichtungskrieg am zentralen Ort ihrer Verfolgung in Torgau bei Leipzig immer noch keine angemessene Darstellung dieses Verbrechens, lautet der Vorwurf. Nach Angaben der Bundesvereinigung wurden von der NS-Militärjustiz rund 30.000 Deserteure, Verweigerer und sogenannte Kriegsverräter zum Tode verurteilt und etwa 20.000 hingerichtet. Der Deutsche Bundestag hob 2009 alle Urteile der NS-Militärjustiz gegen die Opfer auf und rehabilitierte sie.

Seit Beginn der 1990er-Jahre habe die Bundesvereinigung mit der sächsischen Stiftung kooperiert, weil sich während des Zweiten Weltkrieges das Zentrum der NS-Militärjustiz in Torgau befunden habe, erläuterte Knebel. Dort hatte ab 1943 das Reichskriegsgericht seinen Sitz. Zudem gab es zwei Militärgefängnisse und zeitweilig zwei Feldstraflager. Laut Knebel war die Zusammenarbeit mit der Stiftung in Torgau aber von Beginn an von Konflikten geprägt. |dpa